

THEMA:

## Strategien für die Zukunft

Interview:

**Mag. Daisy Kroker  
über die Strategie  
für die Zukunft**

Seite 4

Recht:

**AWG – Verwaltungs-  
strafrechtliche  
Verantwortlichkeit**

Seite 6

Intern:

**VÖEB-Seminare  
für das 1. Halbjahr  
2011**

Seite 9

Partner:

**LINZ AG: Bauarbeiten  
Reststoff-Heizkraft-  
werk im Plan**

Seite 12

## EDITORIAL

**Liebe Leserin! Lieber Leser!**

Foto: AVE



Ein Unternehmen, das in seiner Entwicklung stehen bleibt, so heißt es, hat bereits den Anschluss verloren und ist nicht mehr wettbewerbsfähig. Gleiches gilt für Non-Profit-Organisationen und Interessenvertretungen. Auch wir müssen uns als Branche in regelmäßigen Abständen, wenn schon nicht neu erfinden, so zumindest neu definieren. Dabei gilt es zu klären, welche Aufgaben wir in Zukunft zu übernehmen haben, welche Ziele wir uns in der Betreuung der Mitglieder setzen müssen und welche Rolle wir in der (gesellschafts-)politischen Diskussion einnehmen sollen. Diesen Gedanken folgend haben wir in den vergangenen Monaten damit begonnen, eine neue Branchen-Strategie zu entwickeln. Im Rahmen dieser aktuellen Ausgabe können wir Ihnen bereits einige Eckpfeiler der dazu angestellten Analysen und Überlegungen vorstellen. Dabei ist es unser erklärtes Ziel, bei der Erarbeitung dieser Strategie möglichst viel direktes Feedback von Seiten unserer Mitglieder einzuarbeiten. Möglichkeiten dazu wird es in den kommenden Monaten einige geben, mehr dazu in unserer Titelgeschichte.

Neben der Vorstellung der Arbeit an der neuen Branchen-Strategie wird diese Ausgabe sehr stark von juristischen Themen bestimmt. Da wären zum einen die jüngsten Entwicklungen rund um den ALSAG. Im Zuge des viel diskutierten „Spar-Paketes“ der Bundesregierung ist vorgesehen, die Zweckbindung der ALSAG-Mittel für die Sanierung von Altlasten zumindest teilweise auszusetzen. Dies würde bedeuten, dass knapp 50 Mio. Euro dem Bundes-Budget, statt der Sanierung von Altlasten, zugeführt werden. Eine Vorgangsweise, die sowohl unter umwelt- als auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten vom VÖEB heftig kritisiert und bekämpft wird. Ein zweiter Artikel in der Rubrik „Recht“ befasst sich mit der verwaltungsstrafrechtlichen Verantwortlichkeit im Abfallwirtschaftsgesetz. Auch in dieser Rechtsmaterie wird deutlich, unter welchem Regime der Überregulierung die heimische Abfallwirtschaft ihre Leistungen zu erbringen hat. Als gelernter österreichischer Abfallwirtschaftsexperte muss man bei der Lektüre derartiger Gesetze davon ausgehen, dass es von Seiten des Gesetzgebers so etwas wie einen Generalverdacht gegenüber unserer Branche gibt.

Dabei stellen wir seit Jahrzehnten tagtäglich unter Beweis, dass wir ein verlässlicher Partner und ein entscheidender Faktor in der Weiterentwicklung, Sanierung und nachhaltigen Sicherung unserer heimischen Umwelt sind. Wir können voller Stolz sagen, dass unser Verband als Ganzes, und jedes unserer Mitglieder für sich alleine, angewandten Umweltschutz betreiben. In diesem Sinn werden wir uns auch in den laufenden juristischen Fragen engagieren, um die Interessen unserer Branche zu vertreten.

Trotz dieser zum Teil weniger erfreulichen Rahmenbedingungen wünsche ich Ihnen im Namen des gesamten VÖEB-Vorstandes und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Verbandes ein gutes und erfolgreiches Jahr 2011.

Dr. Robert Gruber

# Strategien für die Zukunft

Im Juni 2010 wurde im Rahmen des VÖEB-Magazins erstmals über die Entwicklung einer Branchenstrategie berichtet. In einem Gastkommentar informierte der damit beauftragte Unternehmensberater Univ.Prof. Dr. Josef Scheff von der 361 consulting group in Graz, wie der Prozess zur Entwicklung einer zukunftsfähigen Verbandsstrategie aussehen wird. Inzwischen fanden umfangreiche Branchenanalysen, Interviews und Vorstands-Workshops statt, aus denen ein erster grober Masterplan entwickelt wurde. Dieser wird am 9. März 2011 in einer Veranstaltung mit allen interessierten Mitgliedern in Wien diskutiert werden. Zur Vorbereitung dazu nachfolgend die wichtigsten bisherigen Ergebnisse.

## Was treibt die Branche in Zukunft an?

Eine der wichtigsten Fragen bei der Ausarbeitung einer zukunftsorientierten Branchenstrategie ist jene nach den gegenwärtigen und künftigen Rahmenbedingungen. Welche so genannten „Treiber“ sind es also, die eine entscheidende Rolle für jedes einzelne Mitglied und für die Branche als Ganzes spielen werden? In der Analyse wurden dabei positive, ambivalente und negative Treiber ausgemacht.

Zunächst zu den positiven Treibern. Da wäre zuallererst die zunehmende Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit. Vor allem die damit in der Abfallwirtschaft einhergehende Rohstoffdiskussion hat eine enorme innovationsfördernde Wirkung. Die (europäische) Rohstoffknappheit bei Buntmetallen hat dazu geführt, dass die Kreislaufwirtschaft bei uns so gut wie vollzogen ist und sich auch die Politik zunehmend daran orientiert.

Positiv wirken sich auch der technische Fortschritt, neue Aufbereitungstechnologien und dadurch ermöglichte neue Wertschöpfungsoptionen aus. Es wird neue Geschäftsfelder für Sekundärrohstoffe geben. Zu den positiven Treibern zählt die Studie aber auch eine stark umweltorientierte Legislative. Bei aller auch anzubringender Kritik an manchen Entwicklungen in der Gesetzgebung muss aber auch festgehalten werden, dass viele Gesetze (z. B. Alt

KFZ-VO oder Altgeräte-VO) neue Geschäftsfelder geschaffen haben. Die Abfall-Rahmenrichtlinie wird ebenfalls ein Beitrag dazu sein. Letztendlich sorgt auch ein konsequenter Vollzug für fairen Wettbewerb und wird daher ebenfalls als positiver Faktor bewertet.

## Vielzahl ambivalenter Treiber

In der Kategorie der so genannten „ambivalenten Treiber“ gibt es eine Vielzahl von Entwicklungen. Hier ist noch nicht eindeutig absehbar, welche Auswirkungen für die Branche zu erwarten sein werden. Zu den ambivalenten Treibern zählt zuallererst das politische Bekenntnis zur Transparenz bzw. Effizienz, wenn es sich lediglich in der Suche nach dem Billigstbieter erschöpft. Letzteres ist ausgesprochen kritisch zu sehen. Auch Veränderungen in der Energiepolitik bzw. bei den Energiepreisen und damit verbunden die Änderungen im Preisgefüge für Ersatzbrennstoffe können zu einem großen Thema der Branche werden.

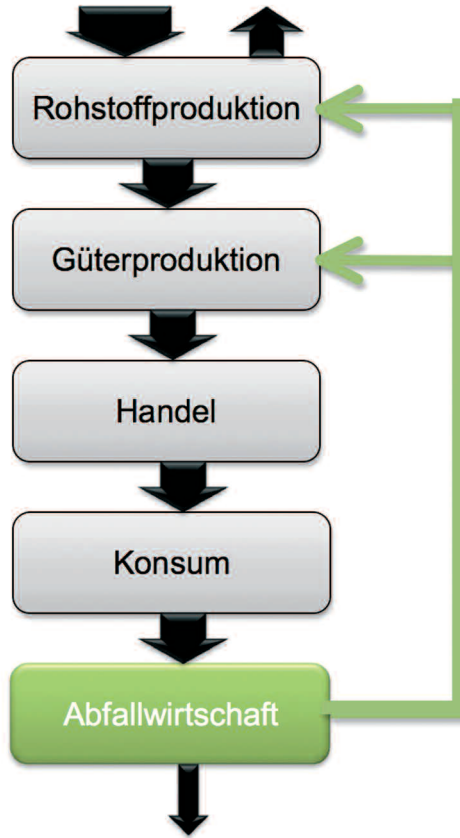
Als einen weiteren Treiber, dessen Auswirkungen noch nicht eindeutig absehbar sind, wurde die demografische Entwicklung identifiziert. Abnehmende Einwohnerzahlen im ländlichen Raum und die Zunahme von Single-Haushalten (und damit mehr Abfall) im städtischen Raum werden Veränderungen in der Branchen-Struktur mit sich bringen. Hierzu passt auch die Tendenz, dass die Kommunen verstärkt

selbst in die Entsorgung einsteigen, ihre Aktivitäten u. a. auch in die Umlandgemeinden der großen Ballungszentren ausweiten und somit den Spielraum der Privaten weiter einschränken dürften.

Das Risiko volatiler Preise auf den Rohstoffmärkten wird gängige Geschäftsmodelle verändern und den Handelscharakter der Entsorgung weiter erhöhen. Überhaupt werden sich voraussichtlich Handelsstrukturen zu Lasten der ausführenden Betriebe verändern, die Industrie könnte dagegen zum Partner bei der stofflichen Aufbereitung des Hausmülls werden.

**Negative Rahmenbedingungen als Bedrohung der weiteren Entwicklung**

Es gibt auch einige negative Treiber, die durchaus eine Gefahr für die positive Branchenentwicklung der Zukunft darstellen. Dazu zählen in erster Linie Regelungen des Gesetzgebers in Richtung Pfandsystem oder die Aufgabe der Zweckbindung der ALSAG-Mittel. Auch die noch immer überbordende Bürokratie in der Abfallwirtschaft stellt einen Hemmschuh für eine weitere positive Entwicklung dar. Zu negativen Rahmenbedingungen zählt die Studie auch die reine Preisorientierung, womit die vielfältigen Qualitätsaktivitäten der vergangenen Jahre zunichte gemacht werden könnten. Die Zukunft: Abfallwirtschaft 3.0

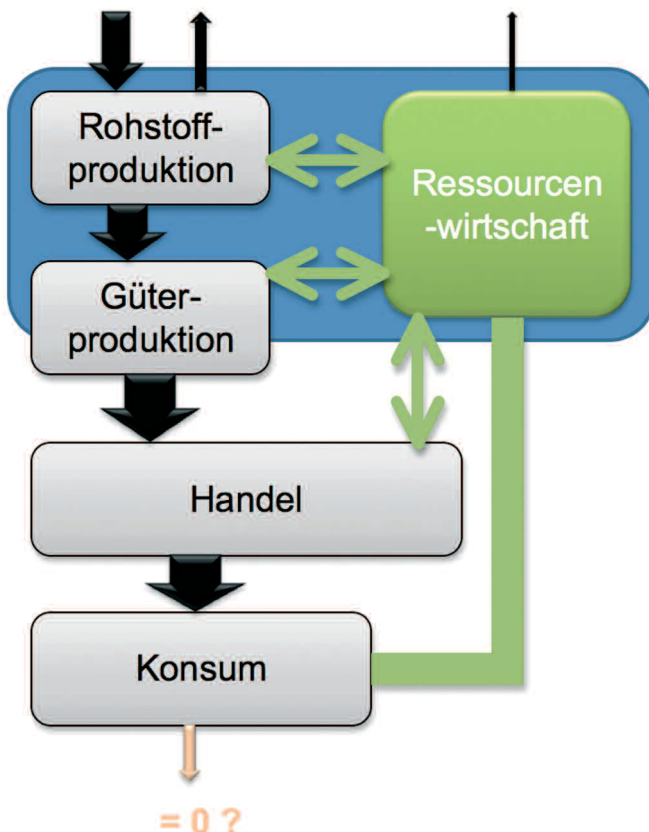


Grafik 1

Unbestritten ist der Umstand, dass sich die moderne Abfallwirtschaft schon längst zur Kreislaufwirtschaft entwickelt hat. Konnte das „alte“ Bild der Branche als „Abfallwirtschaft 2.0“ (siehe Grafik 1) bezeichnet werden, so handelt es sich beim zeitge-

mäßen bzw. zukünftigen Bild um eine „Abfallwirtschaft 3.0“ (siehe Grafik 2). Offen ist dabei lediglich die – entscheidende – Frage, wo sich die konkrete Schnittstelle zwischen Rohstoffindustrie und Abfallwirtschaft befinden wird.

Zentrale Aufgabe der Abfallwirtschaft 2.0 ist bzw. war es, das System von „lästigen“ Stoffen zu befreien und dabei gleichzeitig Wertstoffe (Glas, Metall, Papier) aus diesen Abfällen rückzuführen. Daneben stand die thermische Nutzung zunehmend im Zentrum. Das Bild der Abfallwirtschaft 3.0 ist komplexer. Aufgrund von Rohstoffknappheit wird Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft, die Branche wird dabei – neben der Industrie selbst – zum Kernakteur. Abfall wird zur Ressource, die Abfallwirtschaft muss sich damit aber auch den Herausforderungen einer (globalen) Ressourcenwirtschaft mit den ihr eigenen Gesetzmäßigkeiten und Spielregeln stellen. Ob die Abfallwirtschaft dabei eine auch in Zukunft bedeutende Rolle einnehmen wird können, hängt nicht zuletzt vom Vertrauen ab, dass die Branche in der Gesellschaft genießt. Wem dieses Vertrauen entgegengebracht wird, der wird die zentrale Rolle in der Ressourcenwirtschaft von Morgen einnehmen. Wie dieses Vertrauen weiter ausgebaut werden soll, das ist eine der Kernaufgaben im laufenden Strategieprozess des Verbandes.



Grafik 2

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

**Handlungsdreieck VÖEB – Gesellschaft – Industrie**

Am Ende des Strategieprozesses soll ein Masterplan stehen, der die künftigen Aufgabenfelder des Verbandes und die wichtigsten Maßnahmen darin beschreiben wird. Dabei geht es vor allem um die Wechselwirkungen im Dreieck VÖEB – Gesellschaft – Industrie. Die grundsätzlichen Ziele sind dabei klar: Einerseits geht es um die Positionie-

rung der Branche als verantwortungsvolles Bindeglied zwischen Gesellschaft und Industrie. Andererseits ist gegenüber der Gesellschaft die Rolle als verlässlicher Partner in der Daseinsvorsorge zu stärken. Und gegenüber der Industrie muss sich die Branche als attraktiver Sekundärrohstofflieferant positionieren.

Die Aufgabenfelder sind klar – und vielfältig. Gilt es doch, sich durch eine Vielzahl an Maßnahmen als Partner der Gesellschaft und der Industrie zu positionieren, weiterhin proaktiv an der Gestaltung rechtlicher

Rahmenbedingungen zu arbeiten, sich aktiv in relevante Think-Tanks einzubringen und weiterhin konsequent an der Qualifizierung der Branche zu arbeiten.

**Einbindung der Mitglieder**

Ein zusätzlicher wesentlicher Schritt ist die Miteinbeziehung der Verbands-Mitglieder in den finalen Prozess der Strategie-Entwicklung. Dazu zählt neben einer laufenden Information (wie z. B. im VÖEB-Magazin oder im „Intern“) auch eine demnächst star-

**INTERVIEW**

# „Ohne Mitwirkung der Mitglieder geht nichts“

Der VÖEB arbeitet derzeit intensiv an einer Formulierung seiner Strategie für die Zukunft. Warum er das gerade in schwierigen Zeiten macht, was er damit erreichen will und wie die nächsten Schritte aussehen werden, dazu befragten wir VÖEB-Geschäftsführerin Mag. Daisy Kroker.

**VÖEB-Magazin:** Frau Kroker, warum gerade jetzt, mitten in den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die Ausarbeitung einer Strategie und eines Masterplans für den Verband? Gibt es derzeit keine anderen Sorgen?

**Daisy Kroker:** Ich denke, es gibt keine gute oder schlechte, es gibt nur die richtige oder falsche Zeit. Und es ist definitiv die richtige Zeit, um für den Verband eine Zukunfts-Strategie zu erarbeiten. Wir befinden uns mitten in der Entwicklung hin zur Ressourcenwirtschaft, es stehen einige

wichtige nationale und internationale legislative Veränderungen an, die Branche befindet sich in gewissen Bereichen in einem Strukturwandel und der wirtschaftliche Druck auf die Betriebe wird größer. Lauter gute Gründe, intensiv über seine Zukunft nachzudenken. Und das tun wir.

**VÖEB-Magazin:** Was sind denn die bisherigen Ergebnisse dieser Arbeit?

**Daisy Kroker:** Unsere Branche ist zum Rohstofflieferanten geworden – mit all den

damit verbundenen Konsequenzen, die dieses veränderte Rollenbild und Aufgabenfeld auf Fragen der Wertschöpfung, des gesellschaftlichen Vertrauens, unserer Verantwortung gegenüber Umwelt und Partnern hat. Darin sehen wir als Verband auch unsere Aufgabe gegenüber den Mitgliedern: Gemeinsam mit ihnen zu definieren, wo ihre Rolle in einer modernen Abfallwirtschaft sein kann, und sie tatkräftig auf dem Weg dorthin zu unterstützen.

**VÖEB-Magazin:** Werden Sie die Mitglieder in diesen Prozess integrieren?

**Daisy Kroker:** Selbstverständlich, wir werden laufend informieren, nicht zuletzt auch in dieser Ausgabe des VÖEB-Magazins. Darüber hinaus wird es in Kürze eine Befragung unter Mitgliedern und Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft geben, in der wir das Selbst- und das Fremdbild der Branche erheben werden. Nur wenn wir uns selbst kennen und dazu genau wissen, wie uns unsere Partner sehen, können wir die richtigen Schritte zur Weiterentwicklung setzen. Abgerundet wird die Miteinbeziehung der Mitglieder durch eine Informationsveranstaltung mit Workshops zur neu-

Foto: VÖEB



tende Umfrage zur Erhebung des Selbst- und des Fremdbildes unter Mitgliedsbetrieben und Entscheidern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Besonders wichtig für den Prozess wird am 9. März 2011 eine Strategie-Diskussion für und mit den VÖEB-Mitgliedern sein, in der die bisherigen Arbeitsergebnisse vorgestellt und einer breiten Diskussion unterzogen werden. Es wäre wichtig, dass möglichst viele VÖEB-Mitglieder die Gelegenheit nutzen, aktiv an der Formulierung der künftigen Strategie mitzuwirken. ■



Foto: VÖEB

**VÖEB-Geschäftsführerin  
Mag. Daisy Kroker**

en Strategie am 9. März 2011 in Wien. Ich kann nur alle Mitglieder einladen, daran teilzunehmen und sich mit Ideen, Gedanken und Vorschlägen aktiv einzubringen. Ein aktives Mitziehen der Mitglieder ist in einer Organisation wie dem VÖEB von entscheidender Bedeutung, denn das gibt unseren Handlungen die Legitimation und die Geschlossenheit, die für den Auftritt gegenüber Politik, Verwaltung und Industrie so wichtig sind.

**VÖEB-Magazin:** Wann kann mit dem Vorliegen der endgültigen Fassung der Strategie gerechnet werden?

**Daisy Kroker:** Das Wort „endgültig“ stimmt da nicht so ganz, denn eine Strategie ist ja etwas Lebendiges, das immer wieder den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden muss. Aber Ergebnisse der derzeitigen Strategiearbeit werden im Rahmen der Jahrestagung im Mai 2011 vorgestellt werden.

**VÖEB-Magazin:** Frau Mag. Kroker, wir danken für das Gespräch. ■

# Budget schlägt Umwelt

Der Staat muss sparen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre zwingt ihn dazu. Und aktuelle Entwicklungen in Irland und anderen europäischen Ländern lassen es tatsächlich ratsam erscheinen, das heimische Budgetdefizit rasch in den Griff zu bekommen. So weit sind sich alle Kommentatoren einig. Bei der Umsetzung zeigt die Regierung aber eher Handlungen, die man in der Pädagogik „verhaltensoriginell“ nennt. Das trifft auch auf die Abfallwirtschaft zu.

## AISAG stopft Budgetlöcher

Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2010 hat der Gesetzgeber die heimische Abfallwirtschaft mit einer AISAG-Novelle beglückt, die weder dem ursprünglichen Sinn des AISAG, noch dem Zweck einer nachhaltigen und dem Vorsorgeprinzip unterliegenden Abfallwirtschaft entspricht. Um Budgetlöcher, die unzweifelhaft durch die Wirtschaftskrise der letzten zwei Jahre entstanden sind, zu „stopfen“, scheint der politischen Führung dieses Landes kein Bereich unantastbar und auch kein Topf heilig. Das beginnt bei Studenten, Familien und Pflegegeldbeziehern und endet bei der Umwelt.

## Gefährdung für Menschen und Umwelt

Anders ist es nicht zu erklären, dass der Umweltminister, offensichtlich ohne dies mit seinen führenden Beamten im eigenen Ministerium zuvor abgesprochen zu haben, die im AISAG manifestierte Zweckbindung der lukrierten Mittel für die Sicherung und Sanierung von Altlasten für die nächsten vier Jahre einfach teilweise aussetzt, um insgesamt knapp 50 Mio. Euro aus diesem Altlastensanierungsbeitrag für die Sanierung des Staatshaushaltes zu verwenden. Budgetsanierung ist also wichtiger als die Gesundheit von hundertausenden Menschen, die in der Nähe dringend sanierungsbedürftiger Altlasten leben. Budget schlägt Umwelt, kann man doppeldeutig formulieren.

Es stellt sich neben diesem umweltpolitischen Argument auch die fiskalpolitische Frage, inwiefern Abgaben, die zum Teil doppelt so hoch sind wie der Wert des Produktes selbst und die nicht zweckge-



bunden verwendet werden sollen, sachlich gerechtfertigt sind. Insbesondere, wenn man den von Judikatur und Lehre geprägten Begriff der „Erdrosselungssteuer“ in Betracht zieht.

## Nicht nachvollziehbare Erläuterungen

Auch die mit der Inflation begründete Erhöhung der einzelnen Beitragssätze um rund 14 Prozent kann in dieser Form nicht unkommentiert stehen gelassen werden. In den Materialien wird diese Erhöhung mit der Inflation seit dem Jahr 2003 begründet, da seit der AISAG-Novelle BGBl. I 71/2003 keine Anpassung stattgefunden hätte. Der Gesetzgeber vergisst in den Erläuterungen jedoch zu erwähnen, dass die angesprochene Novelle erst 2006 in Kraft getreten ist und das Verbrennen und das Herstellen von Brennstoffprodukten überhaupt erst seit 01.01.2006 beitragspflichtig sind.

Auch die längst fällige Anpassung der Beitragspflicht für die Ablagerung von Abfällen auf Reststoffdeponien und auf Massenabfalldeponien findet wiederum nicht statt.

Weshalb die Zweckbindung jener Mittel, die im Zusammenhang mit dem Vollzug des AISAG eingehoben werden, aufgehoben wird, wird in den Erläuterungen zu diesem Gesetzesentwurf mit keinem Satz erwähnt. Faktum ist, dass mit Inkrafttreten dieser Novelle zum AISAG der ohnedies schon schwer belasteten Abfallwirtschaft in den nächsten vier Jahren weitere 50 Mio. Euro entzogen werden würden. Zum Schaden der Menschen und ihrer Gesundheit, der Umwelt und ihrer nachhaltigen Behandlung und der Arbeitsplätze in der Abfallwirtschaft. ■

# Verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit im Abfallwirtschaftsgesetz

Sollte die AWG-Novelle 2010 in der vorliegenden Form tatsächlich in Kraft treten, wird damit ein bisher von der Entsorgungswirtschaft recht stiefmütterlich behandeltes Thema in den Vordergrund rücken: die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit im Bereich des AWG. Einmal mehr droht eine bürokratische Belastung und Gefährdung der heimischen Abfallwirtschaftsunternehmen. Was es damit im Detail auf sich hat und was dabei zu berücksichtigen ist, schildert folgender Artikel.

## Vielfältige Gefahren

Im Zuge der VÖEB-Rechtsseminare im Oktober 2010 in Wien, Graz und Innsbruck haben VÖEB-Rechtsanwalt Dr. Martin Eisenberger und Dr. Christina Hofmann, Rechtsanwältin der Kanzlei Eisenberger & Herzog, anschaulich dargestellt, welche Gefahren mit verwaltungsstrafrechtlichen Verurteilungen wegen Übertretungen des Abfallwirtschaftsgesetzes, aber auch anderer Bestimmungen, wie z. B. der Gewerbeordnung oder des Wasserrechtsgesetzes, verbunden sein können. Konkret wurde dies anhand der AWG-Novelle im Bereich des Berufsgenehmigungsrechtes für Abfallwirtschaftsunternehmen und anhand der Bestimmungen zur verwaltungsstrafrechtlichen Verantwortlichkeit im Unternehmen dargelegt.

## Neue bürokratische Belastungen

Aufgrund der beabsichtigten Änderung des Berufsrechtes im Abfallwirtschaftsgesetz, die eine Gleichstellung der Abfallsammler und Behandler von nicht gefährlichen und gefährlichen Abfällen vorsieht, kommt es nicht nur zu einer Verpflichtung für Abfallsammler, entsprechende Zwischenlager vorzuhalten. Mit Inkrafttreten der AWG-Novelle 2010 wird es darüber hinaus auch erforderlich, einen Antrag auf Genehmigung zur Sammlung und/oder Behandlung von nicht gefährlichen und/oder gefährlichen Abfällen zu stellen. Ist es bis zum Inkrafttreten dieser Novelle ausreichend, wenn die Sammlung

und Behandlung nicht gefährlicher Abfälle angezeigt wird, soll ab Inkrafttreten der AWG-Novelle 2010 in jedem Fall eine durch den Landeshauptmann ausgesprochene berufsrechtliche Bewilligung Voraussetzung für die Sammler- und Behandlerlaubnis sein. Eine solche Erlaubnis kann jedoch nur dann erteilt werden, wenn die im Gesetz vorgegebenen Voraussetzungen erfüllt sind.

Eine dieser Voraussetzungen ist die Verlässlichkeit des Antragstellers. Verlässlich ist eine Person im Sinne des neuen § 25 a AWG 2002 jedenfalls dann nicht, wenn sie mindestens 3-mal wegen einer Übertretung von Bundes- oder Landesgesetzen zum Schutz der Umwelt bestraft worden ist, solange diese Strafe noch nicht getilgt ist. Als getilgt gilt eine Strafe, wenn die erstinstanzliche Verurteilung mehr als fünf Jahre in der Vergangenheit liegt.

Da das österreichische Verwaltungsstrafrecht keine direkte Strafbarkeit von Unternehmen bzw. juristischen Personen vorsieht, haben grundsätzlich immer natürliche Personen für Verurteilungen einzustehen. Prinzipiell sind die nach außen vertretungsbefugten Personen verantwortlich. Es sei den, es wurden verwaltungsstrafrechtlich verantwortliche Beauftragte bestellt. Bestrafungen der Verantwortlichen eines Unternehmens sind für die Frage der Verlässlichkeit des Unternehmens aber grundsätzlich gemeinsam zu berücksichtigen. Erfolgen daher binnen fünf Jahren drei verwaltungsstrafrechtliche Verurteilungen, kann dies zum Entzug der Sammler- und Behandlererlaubnis des Unternehmens gemäß § 24a AWG 2002 führen.

## Neue Regelung gefährdet Unternehmen

Neben der Tatsache, dass dies für ein Abfallwirtschaftsunternehmen unabsehbare Folgen, bis hin zum finanziellen Ruin, mit sich bringen kann, ist es unbedingt erforderlich, dass die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit in einem Unternehmen auf eine tragfähige Basis gestellt wird. Eine Basis, die kritische Situationen, wenn diese schon nicht auszuschließen sind, so gut es geht vermeidet bzw. Mechanismen zulässt, welche gegebenenfalls dem Entzug entgegensteuern können.

Die beste Möglichkeit zur Minimierung des Risikos ist unter diesen Voraussetzungen die Bestellung von verwaltungsstrafrechtlich verantwortlichen Beauftragten, die unter der Einhaltung ganz bestimmter formalrechtlicher Erfordernisse möglich ist und mit der zumindest die persönliche Haftung von nach außen vertretungsbefugten Organen, wie dem Geschäftsführer oder dem Vorstand eines Unternehmens, abgewendet werden kann.

## VÖEB-Service auf [www.voeb.at](http://www.voeb.at)

Zum besseren Überblick über die zahlreichen Verwaltungsstrafbestände im Bereich des Umweltrechtes haben Dr. Eisenberger und Dr. Hofmann in Kooperation mit dem VÖEB eine Tabelle mit einigen wesentlichen Verwaltungsstrafbestimmungen im Bereich des Umweltrechts zusammengestellt. Diese Tabelle kann im Intern-Bereich der VÖEB-Homepage [www.voeb.at/FB III/](http://www.voeb.at/FB III/) Straftatbestände von Mitgliedern abgerufen werden. ■

# 20 Jahre AWG

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Abfallwirtschaft stark gewandelt. So stand früher nur die Beseitigung der Abfälle im Vordergrund, wobei es heute mehr um die Bewirtschaftung insbesondere von Sekundärrohstoffen, Energie und Deponieräumen geht. Auch beschäftigt sich die Abfallwirtschaft verstärkt mit der Sanierung von Altlasten sowie der Ressourcenschonung.

Zur Präsentation der Ergebnisse aus 20 Jahren AWG luden das Lebensministerium und der ÖWAV am 28. September 2010 zum Jubiläum des Abfallwirtschaftsgesetzes im Museum für angewandte Kunst in Wien ein.

Die Veranstaltung – die sich in eine Fachveranstaltung am Nachmittag und

eine Festveranstaltung am Abend teilte – stand unter dem Thema „Ergebnisse und Ausblick zur österreichischen Abfallwirtschaft“ und wurde von Dr. Gisela Hopfmüller moderiert.

Dr. Leopold Bumberger, Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes, berichtete über die rechtliche Seite der Abfallwirtschaft aus Sicht des VwGH. Dr. Bernd Matthes, ehemaliger Vizepräsident des bayrischen Landesamtes für Umwelt, referierte über Abfallwirtschaft und Ressourcenmanagement in Bayern, Österreich und der EU. Über ihre Erfahrungen mit dem AWG als Ministerinnen sprachen Ruth Feldgrill-Zankl und Maria Rauch-Kallath. Sektionschef im Lebensministerium DI Dr. Leopold Zahrer war

von Beginn an Beteiligter beim AWG und konnte über Erfolge in den letzten 20 Jahren berichten.

Die Veranstaltung wurde von einem Quiz für einen guten Zweck abgerundet. DI Manfred Assmann, ÖWAV Geschäftsführer, lies als Moderator eine Mannschaft von PolitikerInnen und eine von WirtschaftsvertreterInnen mit interessanten Fragen zum Thema Abfallwirtschaft gegeneinander antreten. So konnten 6.000 Euro für die Stiftung Kindertraum erspielt werden. Prof. Dr. Christoph Scharff, Vorstandsmitglied der ARA, und Kommerzialrat Hans Roth, Saubermacher Dienstleistungs AG, übergaben den symbolischen Scheck an die Geschäftsführerin der Stiftung Kindertraum, Gabriela Gebhart. ■



**v.l.n.r.:** Univ.-Prof. DI Dr. Paul H. Brunner (ÖWAV), SC Dr. Leopold Zahrer (BMLFUW), Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer, Umweltlandesrätin Dr. Beate Prettnner (Land Kärnten), VÖEB-Präsident Dr. Robert Gruber, Vizegeneralsekretär der Industriellenvereinigung Mag. Peter Koren, Moderatorin Dr. Gisela Hopfmüller



**v.l.n.r.:** ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf, Umweltstadträtin Mag. Ulli Sima, KR Hans Roth (Der Saubermacher), Nationalratsabgeordnete Mag. Christiane Brunner, GF Stiftung Kindertraum Gabriela Gebhart, DI Manfred Assmann (GF ÖWAV), Prof. Dr. Christoph Scharff (ARA), SC Dr. Leopold Zahrer (BMLFUW), Mag. Daisy Kroker, Dr. Thomas Danner (GF Asamer GmbH)



## Regionaltagung Tirol

... fand am 19. Oktober im Anschluss an das Rechtsseminar mit Dr. Eisenberger in Ampass statt.

**v.l.n.r.:** R. Oberguggenberger (IKB AG), T. Barmüller (Zimmermann Ganahl AG), H. Berger (Thöni), I. Freudenthaler (Freudenthaler), T. Prantauer (Prantauer), R. Gruber (VÖEB, AVE), S. Ohlboth (AVE), C. Seiler (Freudenthaler), J. Ellmerer (Mussmann / IKB AG), M. Eisenberger, M. Unterholzner (IKB AG)

## ■ Top Umwelt- termine 2011

**IERC 2011 – 10. Internationaler Elektronik Recycling Kongress**, Salzburg, Österreich, 19.–21. Jänner 2011, [www.icm.ch](http://www.icm.ch)

**TerraTec 2011**, Leipzig, Deutschland, 25.–27. Jänner 2011, [www.terratec-leipzig.de](http://www.terratec-leipzig.de)

**World Biofuels Markets**, Rotterdam, Niederlande, 22.–24. März 2011, [www.worldbiofuelsmarkets.com](http://www.worldbiofuelsmarkets.com)

**11. Internationaler Automobil Recycling Kongress**, Budapest, Ungarn, 23.–25. März 2011, [http://www.icm.ch/index\\_auto11.htm](http://www.icm.ch/index_auto11.htm)

**Waste Expo 2011**, Dallas, USA, 10.–12. Mai 2011, [www.wasteexpo.com](http://www.wasteexpo.com)

**Waste to Energy 2011**, Bremen, Deutschland, 17.–19. Mai 2011, [www.wte-expo.de](http://www.wte-expo.de)

**recycling aktiv 2011**, Hügelsheim, Deutschland, 18.–20. Mai 2011, [www.recycling-aktiv.de](http://www.recycling-aktiv.de)

**Metalriciclo 2011**, Montichiari, Italien, 19.–21. Mai 2011, [www.metalriciclo.com](http://www.metalriciclo.com)

**2011 World Recycling Convention & Exhibition**, Singapur, Singapur, 22.–25. Mai 2011, [www.bir.org](http://www.bir.org)

**Sustainabilitylive 2011**, Birmingham, Großbritannien, 24.–26. Mai 2011, [www.sustainabilitylive.com](http://www.sustainabilitylive.com)

**WasteTech 2011**, Moskau, Russland, 31. Mai – 3. Juni 2011, [www.waste-tech.ru](http://www.waste-tech.ru)

**ISWA Conference**, Moskau, Russland, 31. Mai – 2. Juni 2011, [www.iswaconference.ru](http://www.iswaconference.ru)

**ENTECO 2011**, Köln, Deutschland, 6.–9. Juni 2011, [www.enteco-cologne.de/diemesse](http://www.enteco-cologne.de/diemesse)

Foto: VÖEB



v.l.n.r.: Carlo Noto la Diega (FEAD-Präsident, FISE, I), Valerie Plainemaison (FNADE, F), Baudoin Ska (FEGE-FEBEM, B), Nadine de Greef (FEAD, GS), Michael Hellings (ESA, UK), SC DI Dr. Leopold Zahrer (Lebensministerium), Elisabetta Perrotta (FISE, I), Frank Dicker (VÖEB), Mag. Daisy Kroker (VÖEB), Anne Baum-Rudischhauser (BDE, D), Peter Kurth (BDE-Präsident)

## FEAD-Sitzung

Die FEAD-Präsidiums- und Vorstandssitzung fand am 1. Dezember 2010 in der Industriellenvereinigung in Wien statt. An der Sitzung nahmen Vertreter aus Belgien, Frankreich, Italien, England, Deutschland und Österreich teil. Insbesondere wurde die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie (ARRI) diskutiert und Erfahrungen über die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten ausgetauscht.

Foto: VÖEB



Gastreferent war SC DI Dr. Leopold Zahrer (Lebensministerium).

## VÖEB-Seminare – 1. Halbjahr 2011

(vorläufiger Seminarplan, Stand: 7. Dezember 2010)

### Schulung zur ADR Novelle 2011

Vortragender: Mag. Dr. Herbert

**Grundtner, 25. Jänner 2011**, Liebherr-Werk Bischofshofen GmbH, **Bischofshofen** (SLBG), € 210,- (statt € 290,-) zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 360,- (statt € 390,-) zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder

### Vertriebscontrolling

Vortragender: Ing. Mag. Thomas **Korcak**, **10. März 2011**, Arena City Hotel, **Salzburg** (SLBG), € 290,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 390,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder

### Logistik Workshop für Praktiker

Vortragende: Uwe **Kalmbach** & Werner **Schöfnagl**, **23. März 2011**, Autobahnrestaurant & Motorhotel Oldtimer, **Zöbern** (NÖ), € 290,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 390,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder

### Controlling und Finanzplanung

Vortragender: Ing. Mag. Thomas **Korcak**, **29. März 2011**, Autobahnrestaurant & Motorhotel Rosenberger, **Ansfelden Süd** (OÖ), € 290,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 390,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder

### Brancheneinführung Basiswissen für die Recycling- und Entsorgungswirtschaft

2 Seminartage, 1 1/2 Tage theoretischer Vortrag, eine Besichtigung. Keine Abschlussprüfung  
geplanter Termin: **Anfang April oder Anfang Mai**, € 450,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 550,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder



Foto: VÖEB

Die Teilnehmer beim VÖEB-Rechtsseminar am 14. Oktober in Wien.

### Die Verhandlungsstrategien der Profi-Einkäufer – und wie man sie erfolgreich pariert

Vortragende: Uwe **Kalmbach** & Werner **Schöfnagl**, **13. + 14. April 2011**, Marché Restaurant Hotel, Raststation **Schwechat** (NÖ), € 500,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 680,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder

### Controlling für Logistiker

Vortragender: Ing. Mag. Thomas **Korcak**, **28. April 2011**, Arena City Hotel, **Salzburg** (SLBG), € 290,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 390,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder

### Kostenrechnung und Kalkulation (Tag 1) sowie Bilanzanalyse, Kennzahlen und Cash-Flow Rechnung (Tag 2) in der Entsorgungswirtschaft

Wahlweise können beide Seminartage oder nur ein Seminartag besucht werden.  
Vortragender: Ing. Mag. Thomas **Korcak**, **10. + 11. Mai 2011**, Arena City Hotel, **Salz-**

**burg** (SLBG), Seminarpreis für beide Tage (Kostenrechnung und Bilanzanalyse): € 500,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 680,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder  
Seminarpreis für einen Tag: € 290,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 390,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder

### Zukunftssichere Netzwerke aufbauen und pflegen

Vortragende: Uwe **Kalmbach** & Werner **Schöfnagl**, **26. Mai 2011**, Autobahnrestaurant & Motorhotel Rosenberger, **Ansfelden Süd** (OÖ), € 290,- zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, € 390,- zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder

### Weiterbildung für LKW-Lenker und Berufskraftfahrer gemäß Grundqualifikations- und Weiterbildungsverordnung Berufskraftfahrer (GWB)

in Kooperation mit Fachausschuss Berufskraftfahrer, HAMEX Fahrerqualifizierung GmbH, ÖAMTC

**Termin und Ort** nach Vereinbarung (Mindestteilnehmeranzahl 10 Personen). Für Unternehmen mit weniger als 10 Kraftfahrern organisiert der VÖEB auf Anfrage Kurse.

**Preise** (Modul: 1, 2, 3, 4, 5): **je Modul: € 65,-** p.P. zzgl. USt. für VÖEB-Mitglieder, je Modul: **€ 130,-** p.P. zzgl. USt. für Nicht-Mitglieder, alternativ Modul 2 als Praxismodul (ÖAMTC): Preis auf Anfrage

Informationen zu unseren Seminaren finden Sie auch auf unserer VÖEB-Homepage unter [www.voeb.at](http://www.voeb.at).



Foto: VÖEB

Das VÖEB-Seminar Schulung zur ADR-Novelle 2011 vom 25. November 2010.

## Buchtipps

**Aus der Entsorgungsbranche – für die Entsorgungsbranche**

Urbaner Umweltschutz Band 1  
**Asche, Kehricht, Saubermänner – Stadtentwicklung, Stadthygiene und Städtereinigung in Deutschland bis 1945**



Das Buch thematisiert die Bedeutung und Entwicklung der organisierten Städtereinigung zum Schutz der Bürger und zur Verbesserung der Lebensqualität im Zusammenhang mit der Entstehung der modernen Industriegroßstadt und den Erkenntnissen der Seuchenhygiene.

Neben der Technik und der Organisation von Ascheabfuhr, Abfallbeseitigung und Abfallverwertung, Kanaldienst und Fäkalienabfuhr, Straßenreinigung und Winterdienst behandelt der Band auch Themengebiete wie die Motorisierung des Personen- und Gütertransports oder den Siedlungs- und Städtebau. Deutschland – mit Ausblicken in die Schweiz und Österreich – dient als Beispiel für effektive Lösungen in den Bereichen der Stadthygiene und Stadtästhetik.

Der Abgabepreis beträgt 49 Euro zuzüglich Versandkosten. Bei Abnahme größerer Stückzahlen wird ein Rabatt gewährt. Die Bestellung kann schriftlich oder per E-Mail – buch@sase-iserlohn.de – erfolgen.

Weitere Informationen zum Buch wie Musterseiten und Inhaltsverzeichnis: [www.sase-iserlohn.de](http://www.sase-iserlohn.de)

### AKTUELLE FRAGE

**Aktuell wird die Einführung einer 50-prozentigen Mehrwegquote und einer Lenkungsabgabe für Getränkeverpackungen diskutiert. Dieser Mengenrückgang hat Auswirkungen auf Sammlung, Sortierung und Verwertung. Wie stehen Sie dieser Idee gegenüber und was würde das für Ihren Betrieb konkret bedeuten?**

**Ronald Pirker,  
 Rossbacher GmbH**

Die Verpackungsverordnung in Österreich und ihre Umsetzung ist eine Erfolgsgeschichte in der Abfallwirtschaft, die international ihresgleichen sucht. Die Einführung der getrennten Sammlung von Verpackungstoffen unter dem Dach der ARA hat binnen kürzester Zeit die Ziele der Verordnung erreicht. Allein in unserem örtlichen Tätigkeitsbereich hat sich der bis dahin auf die Deponie bzw. später zur thermischen Behandlung angelieferte Restmüll binnen Jahresfrist um mehr als ein Drittel reduziert und ist seither auf diesem Niveau verblieben. Die innerhalb kürzester Zeit bereitgestellte Infrastruktur zur getrennten Sammlung mit dem Gelben Sack, den Sammelstellen, den Recyclinghöfen usw. ist von der Bevölkerung immens positiv aufgenommen worden. Die Recyclingwirtschaft kann daher heute mit berechenbaren Mengen und Qualitäten von wiederverwertbaren Altstoffen versorgt werden. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass eine kostengünstige, umweltschonende und effiziente Rückführung der Altstoffe in einen neuen Produktions- und Nutzungsprozess stattfinden kann.

Die Einführung eines Pfandsystems für einen Teil der getrennt gesammelten Verpackungen würde zu einer massiven Störung dieses Systems führen: Es wäre wirtschaftlich, aber auch ökologisch nicht vertretbar, für eine gering verbliebene Verpackungsmenge die Sammelinfrastruktur aufrecht zu erhalten. Weiters käme es zu einer Verunsicherung und Verwirrung der Bevölkerung, die dazu führen könnte, dass die getrennte Sammlung überhaupt nicht mehr angenommen wird und die meisten Verpackungen wieder im Restmüll landen. Dieses wertvolle Rohstoffpotenzial wäre der stofflichen Verwertung entzogen und die Restmüllbehandlungsanlagen könnten sich wieder über steigende Mengen freuen.

Die Einführung eines Pfandsystems hätte damit auch massive Auswirkungen auf die Investitionen in die bestehende Infrastruktur zur Erfassung der Altstoffe in den Verpackungen – auch auf die Arbeitsplätze. Allein für unseren Betrieb bedeutete dies den Verlust von ca. 20 Arbeitsplätzen, und zwar hochwertigen Arbeitsplätzen – ca. 80 Prozent dieser Arbeitnehmer sind schon länger als zehn Jahre in diesem Bereich bei uns tätig.

#### ► Altlastensanierung

### Schmutzige Böden für die Budget-Sparpläne

In der Entsorgungswirtschaft herrscht Aufruhr: Umweltminister Niki Berlakovich will den Fördertopf für die Altlastensanierung, der aus den Beiträgen der Müllentsorger gespeist wird, ausräumen und für andere Zwecke verwenden.

„Das ist eine Abkehr vom Bekenntnis zum umfassenden Umweltschutz und für nachfolgende Generationen unzumutbar. Das Lebensministerium verwendet die Fördergelder fürs eigene Budget“, wertet Daisy Kroker, Geschäftsführerin des Verbandes der Entsorgungsbetriebe gegen das Vorhaben. Der Minister will mit einer Novelle zum Altlastensanierungsgesetz die Zweckbindung der Mittel bis 2015 aufheben. Kroker aber glaubt, dass die Zweckbin-



**Abriß eines Bauhofs und Chemie-Alarm: Fall für den Sanierungsfonds**

dung, wenn einmal weg, nie wieder eingeführt wird.

Rund 50 Millionen Euro im Jahr zahlen die Entsorgungsbetriebe als Altlastensanierungsbeiträge in den Fonds. Die Gelder fließen in die Reinigung von Böden, Wasser und Luft nach dem

Schließen von Industrieanlagen, Tankstellen, Putzereien etc. Die Unternehmen selbst könnten sich das ohne Förderung meist nicht leisten. Der Bedarf sei enorm und die derzeitigen Mittel eindeutig zu wenig, sagt Kroker. Insgesamt 58.000 Alt-

lagerungen und Altstandorte wurden bisher in Österreich registriert. Nur 103 große Projekte konnten in den vergangenen Jahren saniert werden.

**Zu wenig Geld** Statt den Fördertopf anzupfropfen sollten die Beiträge besser erhöht werden, meint Kroker. „Wir bräuchten 70 Millionen Euro im Jahr, um bis 2050 die Altlasten sanieren zu können.“

Eine Anhebung der Beiträge um 14,5 Prozent wurde fürs nächste Jahr schon beschlossen. „Aber wenn die Gelder für andere Zwecke ausgegeben werden, nützt das nichts“, bedauert Kroker. Wenn die Sanierung verschoben werde, könnten sich Schadstoffe ausbreiten, was zu Mehrkosten bei der späteren Sanierung führe. – Irmgard Kischko

**Nach einem Interview mit Mag. Daisy Kroker zur AISAG-Novelle (wie auf S. 5 berichtet) erschien der Kurier-Artikel am 29.11.2010.**

Foto: KAB



**Werner Bleiberger,  
KAB – Kärntner Abfallbewirtschaftung GmbH**

Eine Lenkungsabgabe für Getränkeverpackungen kommt einer Einführung einer neuen Steuer gleich, die niemand wirklich wollen kann. Auch würde der Handel eine solche „neue Abgabe“ sicherlich nicht selbst tragen, sondern die Konsumenten damit belasten. Mit einer 50-prozentigen Mehrwegquote würde man sich in Österreich ein im

Laufe von fast zwei Jahrzehnten sehr gut funktionierendes Sammel- und Verwertungssystem der Wirtschaft für Verpackungsabfälle in kürzester Zeit zunichte machen (siehe Deutschland). Für unseren Sortierbetrieb für Verpackungsabfälle würde das bedeuten, dass wir über den Abbau von mindestens zehn Mitarbeitern ernsthaft nachdenken müssten.

**Rudolf Faltinger,  
Zellinger GmbH**

Ich bzw. die Firma Zellinger stehen dieser Idee sehr skeptisch gegenüber. Die Einführung einer 50-prozentigen Mehrwegquote würde einen erheblichen Rückgang der Sammel- und Sortiermenge bedeuten. Natürlich wirkt sich eine Reduzierung der Menge negativ auf die Auslastung des Fuhrparks und der Sortieranlage aus. Damit verbundene Arbeitsplätze könnten nicht mehr garantiert werden, womit ein Personalabbau unvermeidlich werden würde.



Foto: Zellinger

Foto: Pinzgauer Recycling



**Kurt Gassner,  
Pinzgauer Recycling Ges.m.b.H.**

Als vor einigen Jahren der Mehrweganteil bei den PET-Flaschen noch erheblich höher war, war der Anteil an PET-Mehrwegflaschen im gelben Sack/Tonne um 80 Prozent höher als derzeit. Speziell in Fremdenverkehrsgebieten (mit hohem Appartementanteil) kauft der Gast (wissentlich oder unwissentlich) Mehrweggebinde und entsorgt diese aber größtenteils über die ARA-Kunststoffsammlung. Nach der Sortierung

können die verschmutzten Flaschen vom Handel nicht zurückgenommen werden, wodurch diese wiederum zusammen mit den Einwegflaschen in der Verwertung landen. In einer Lenkungsabgabe sehe ich nur eine verdeckte Geldbeschaffungsaktion ohne wirklichen Sinn. Diese geplanten Maßnahmen würden Sortieranlagen bis ca. 20 Personen in ihrer Existenz bedrohen und große Anlagen bevorzugen.

## 80 Jahre Kerschner

Am 4. November 2010 feierte die Firma Kerschner ihr 80-jähriges Jubiläum.

Das Unternehmen Kerschner wurde 1930 für Lasten- und Personentransporte gegründet und befindet sich seitdem in Familienbesitz. 1978 stieg das Unternehmen auch in die Abfallbranche ein und entsorgt heute im Auftrag der Gemeindeumweltverbände den Großteil des Mülls in den Bezirken Melk und Lilienfeld sowie mit einem Partnerbetrieb (AWÖ) im Bezirk Scheibbs. Mittlerweile beschäftigt die Kerschner-Gruppe mehr als 300 Mitarbeiter, davon 160 bei Unternehmen, an denen Kerschner 100 Prozent der Anteile hält.



Foto: Eplinger/NÖN

**v.l.n.r.: Dr. Robert Gruber, Landesrat Pernkopf, Ing. Reinhard Kerschner**

## DepoTech

**Von 3.–5. November 2010 fand die DEPOTECH in Leoben statt. Das Institut für nachhaltige Abfallwirtschaft und Entsorgungstechnik lud bereits zum zehnten Mal zu dieser Tagung, bei der Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft aktuelle abfallwirtschaftliche und -technische Themen diskutieren.**

An der Montanuniversität Leoben fanden in den zahlreichen Hörsälen verschiedene Sessions statt. So wurden gleichzeitig die Themen Abfallwirtschaft, Abfalltechnik und Altlasten bzw. Deponietechnik behandelt. Neben Poster-Sessions zu eben diesen Themen fanden auch Exkursionen zu drei Betrieben statt. So wurde die Nahinfrarotsortieranlage für Abfälle in Graz der Saubermacher Dienstleistungs AG besucht und das Abfallmanagement für Papier & Zellstoffindustrie der Norske Skog Bruck GmbH besichtigt. Ein weiterer Ausflug führte zur Komptech GmbH und deren F&E Center in St. Michael bzw. deren Fertigung von Aufbereitungsanlagen für Abfälle in Frohnleiten.



Foto: VÖEB

**v.l.n.r.: Dr. Robert Gruber, Prof. Karl E. Lorber (Vorstand des Instituts für Nachhaltige Abfallwirtschaft und Entsorgungstechnik der Montanuniversität Leoben), VÖEB-Ehrenpräsident Ing. Peter J. Kneissl**

# LINZ AG für Energie, Telekommunikation, Verkehr und kommunale Dienste

Im Jahr 2000 fusionierten die beiden stadt-eigenen Unternehmen ESG und SBL zur LINZ AG. Erstmals in der Geschichte sind alle Bereiche der städtischen Infrastruktur und Energieversorgung unter einem Dach vereint. Die LINZ AG gehört zu 100 Prozent der Stadt Linz und ist heute als der kommunale Dienstleister und Energieversorger einer der größten Arbeit- und Impulsgeber des gesamten oberösterreichischen Zentralraums. Die LINZ AG wird als aktive Managementholding mit vier operativen Tochtergesellschaften und einer dienstleistenden Servicegesellschaft geführt.



Foto: LINZ AG

**Dr. Robert Gruber mit dem Geschäftsführer der LINZ SERVICE GmbH DI Alfred Leimer (links) und Vorstandsdirektor DI Erich Haider (rechts)**

## LINZ AG Reststoff-Heizkraftwerk

Eines der zukunftsträchtigen Standbeine ist die Abfallwirtschaft, mit der Errichtung des Reststoff-Heizkraftwerkes (RHKW) setzt die LINZ AG einen weiteren Meilenstein für eine nachhaltige Fernwärme- und Stromversorgung, sowie für eine kostengünstige und umweltfreundliche Abfallwirtschaft.

Es vervollständigt die bereits realisierten Innovationen wie etwa Biomasse-Kraftwerk oder Fernwärmespeicher und erhöht den Anteil an erneuerbarer Energie bei der Fernwärmeerzeugung auf rund 40 Prozent.

## Idealer Standort

Das RHKW entsteht zur Zeit am Standort des bestehenden Fernheizkraftwerkes Linz-Mitte. Die vorgeschaltete Reststoff-Aufbereitungsanlage entsteht auf einem Nachbargrundstück am Tankhafen. Dadurch kann die bereits vorhandene Kraftwerks-Infrastruktur genutzt werden und Synergien im Kraftwerksbetrieb sowie eine Kraft-Wärme-Kopplung mit Fernwärmenutzung sind möglich.

Auch die Anbindung an das Straßen-,

Bahn- und Wassernetz ist hier bereits gegeben. Die Anlieferung des Abfalls kann wahlweise auf der Straße, per Bahn oder per Schiff erfolgen.

## Umwelt- und klimafreundlich

Beim RHKW handelt es sich nicht um eine einfache Müllverbrennung, sondern um eine hocheffiziente Abfallverwertungsanlage. Abfälle werden nicht nur verfeuert, sondern effektiv aufbereitet. Brennbare Stoffe werden im Kraftwerk verwertet und Wertstoffe wie Metalle für die Wiederverwertung aussortiert.

Durch die ordnungsgemäße thermische Verwertung der Abfälle bei gleichzeitiger Strom- und Fernwärmeproduktion werden, im Gegensatz zu einer im Ausland noch möglichen Deponierung, rund 1.400 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Tonne Abfall eingespart. Vorstandsdirektor Dr. Erich Haider: „Das RHKW löst gleichzeitig zwei Aufgaben: die sichere und umweltgerechte Klärschlamm- und Abfallentsorgung sowie

Nutzung der Abfallenergie für Strom und Fernwärme.“

## Bauarbeiten im Plan

Die Errichtung des Reststoff-Heizkraftwerkes (RHKW) geht zügig voran und die Bauarbeiten liegen im Plan. Nachdem im Dezember 2006 das Projekt gestartet ist, folgte im August 2007 die UVP-Einreichung, die knapp ein Jahr später bewilligt wurde. Nach dem Spatenstich am 25. Juni 2009 wurde gleich darauf mit dem Bau begonnen und die Gleichenerfeier fand am 20. Mai 2010 statt.

## Einsatzbereit ab Heizsaison 2011/12

Schon im August des nächsten Jahres ist das „Erste Müllfeuer“ geplant. Ab der Heizsaison 2011/12 wird das neue RHKW mit einer Leistung von 17 Megawatt elektrisch 37.000 Haushalte mit Strom und 35 Megawatt thermisch 11.000 Haushalte mit Wärme versorgen. ■

## Technische Daten des RHKW im Überblick

Brennstoffmengen (heizwertabhängig)	ca. 150.000 t/Jahr Reststoffe ca. 50.000 t/Jahr Klärschlamm
Brennstoffwärme-Nennleistung	66 Megawatt
Elektrische Nettoleistung	ca. 17 Megawatt
Stromversorgung	für ca. 37.000 Haushalte
Fernwärmeauskopplung	ca. 35 Megawatt
Wärmeversorgung	für ca. 11.000 Haushalte
Investitionen (Kraftwerk & Reststoffaufbereitungsanlage)	ca. 145 Mio. Euro
Inbetriebnahme	ab Heizsaison 2011/12

## KONTAKT

### LINZ AG für Energie, Telekommunikation, Verkehr und kommunale Dienste

Wiener Straße 151  
4021 Linz  
Tel. 0732/3400-0  
**info@linzag.at**  
**www.linzag.at**